



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 143 (1932)

555 (28.11.1932) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-371604](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-371604)

Neue Mannheimer Zeitung

Veröffentlichungswelle: Täglich 3 mal außer Sonntag, Begründungsjahr: Drei Bände monatlich, 1921 208 und 63 Pf. Trägerlein, in anderen Verlagsstellen abgekauft 2,25, durch die Post 2,70 einchl. 60 Pf. Subskr.-Geb. 75 Pf. Beleggeld: Hölzchen: 10 Pf. 12, Kronprinzstr. 42, Schenkerstr. 43, Heerstr. 14, Na Heerstr. 4, Feinpoststr. 45, W. Dreyerstr. 4, Se. Poststr. 1.

Mannheimer General-Anzeiger

Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R. L. 4-4. — Druckverleger: Sammel-Kummer 149 51 Postfach-Konto: Poststraße Nummer 175 90. — Telegramm-Adresse: Remagelt Mannheim

Abend-Ausgabe: 22 mm breite Colonietelle 100. - 40, 70 mm breite Mastsetzelle 120. 200. Für im Voraus zu bezahlende Familien- und Gelegenheits-Anzeigen besondere Preise. Bei Konstanten, Vergleichen oder Zahlungsbezug keinerlei Nachzahlung. Keine Gewähr für Anzeigen in bestimmten Ausgaben, an besonderen Plätzen und für telephonische Beiträge. Geschäftshaus Mannheim.

Abend-Ausgabe

Montag, 28. November 1932

143. Jahrgang — Nr. 555

Schleichers Verhandlungen mit den Parteien

Keine Ausichten auf einen politischen Waffenstillstand - Eine Wiederberufung Papens wahrscheinlich

Schleicher bei Hindenburg

Drahtbericht unseres Berliner Büros

Berlin, 28. Nov.

Reichswehrminister von Schleicher hat heute mit dem Reichspräsidenten über seine Verhandlungen mit den Parteien berichtet. Er hat gestern und heute mit dem Reichspräsidenten, dem vormaligen Führer Dingeldey, mit Duganberg, ferner mit dem Abgeordneten Simpfendorff von den Christlich-Sozialen und einem der Unterführer des NSDAP, Kurt Mäurer verhandelt. Da es heißt, daß weitere Verhandlungen heute nicht mehr vorzuziehen sind, darf man wohl annehmen, daß Schleicher keine Sonderregelungen abgeschlossen hat. In politischen Kreisen bespricht man, daß es ihm gelungen ist, ausreichende Garantien für einen „Waffenstillstand“ zu erlangen.

Folgebefehl werden neuerdings Herrn von Papen wieder die größeren Chancen gegeben. Der das neue Präsidialkabinett aber führen wird, ist ganz ungewiß, da am Ende der Reichspräsident ganz persönlich zu entscheiden hat.

Es geht dabei auch um die Ermüdung, ob es ratsam sei, schon jetzt den Einfluß der Reichswehr zu wagen, die ja bei einer Vereinfachung des Kanzlerpostens und des Reichswehrministeriums in die Hände des Generals von Schleicher als letzter Trümmer ausgeht würde. Man zeigt vielfach der Ansicht zu, daß es besser sei, Herrn v. Schleicher noch in Reserve zu halten und zunächst noch einmal Herrn von Papen ins Treffen zu senden.

Einzel des Reichswehres nebenbei Bekleidungen im Gange zu sein, Schleicher muß zu sagen. Es ist bemerkenswert, daß in diesem Zusammenhang der General v. Sinspang, der Leiter des Arbeitsdienstes, als künftiger Reichswehrminister genannt wird.

Großes Kopfzerbrechen verursacht zudem die in Aussicht genommene Revidierung verfassungsmäßiger Stellen in dem künftigen Kabinett Schleicher oder Papen. Die in Frage kommenden Kandidaten haben offenbar die härtesten Bedenken, sich in so gefährliche und unsichere Positionen zu begeben. Trotz alledem meint man, daß morgen vormittag das neue Kabinett vom Reichspräsidenten ernannt werden wird. Angeblich soll Herr Otto von dem christlichen Bewerber Schickler bereit erklärt haben, in einer Regierung Schleicher das Reichswehrministerium zu übernehmen, während Herr Schickler vom Rangnamensherin nochmals erklärt haben soll, daß er sich an einem Kabinett ohne die Nationalsozialisten nicht beteiligen werde.

Dah die Nationalsozialisten geneigt sein würden, zu einem von Schleicher geleiteten Präsidialkabinett eine genehmigtere Haltung einzunehmen, wird allgemein bezweifelt.

Besonders nach den Erklärungen die Hitler Schleicher am vergangenen Mittwoch gegeben und nach der Rede in Weimar allgemein bemerkt. Es gibt freilich vereinzelt Leute, die glauben, daß eine kurzfristige Vertagung des Reichstages bis zum Januar doch vielleicht im Bereich der Möglichkeit liegt. Schleicher hat aber die Übernahme der Kanzlerschaft von dem Zustandekommen einer solchen Vertagungsmehrheit abhängig gemacht. Es ist sehr fraglich, ob er auch bei einem Scheitern dieses Versuches bereit sein wird, die Führung der Regierung zu übernehmen. In Berliner politischen Kreisen rechnet man deshalb — wie gesagt — wieder oder mit einem Kabinett Papen.

Wie verstanden, soll Schleicher heute noch eine Besprechung mit Dr. Brüning über die Haltung der Sozialdemokratie haben. Irrend einen Erfolg erwartet man davon nicht, denn die Sozialdemokraten denken ebenso wenig wie die Nationalsozialisten daran, ein Kabinett Papen oder Schleicher zu tolerieren oder einen Burgfrieden durch Reichstagsverzug zu erröcklichen.

Preussische Koalitionsbesprechungen

Meldung des Wolff-Büros

Berlin, 28. Nov.

Nach dem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen um die Bildung einer Reichsregierung im Reich sind die Besprechungen zur Schaffung einer neuen preussischen Staatsregierung wieder aufgenommen worden. Da im Preussischen Landtag bei der gegenwärtigen Zusammensetzung dieses Parlaments eine Mehrheit bereits aus Nationalsozialisten und Zentrum gebildet werden kann, würde eine Verbindung zwischen den beiden Parteien genügen, um einen neuen Ministerpräsidenten in Preußen wählen zu können, dem nach der Verfassung dann die

Hitlers Kritik an Schleicher

Der nationalsozialistische Führer erwartet seine Kanzlerschaft in vier Monaten

Meldung des Wolff-Büros

Weimar, 28. Nov.

Im Rahmen einer nationalsozialistischen Wahlversammlung in den thüringischen Kommunalwahlen am 4. Dezember sprachen gestern neben dem thüringischen Minister Sander Dr. Goebbel, und Hitler, der sich auf der Rückreise nach München befand, Dr. Goebbel erhaltete Bericht über die Berliner Verhandlungen zur Regierungsbildung und wandte sich u. a. gegen Gerüchte über angebliche Uneinigkeit zwischen Hitler und seiner nächsten Umgebung. Die Zeiten der Kompromisse seien in Deutschland vorbei.

Die Nationalsozialisten gingen nur unter Hitler als Kanzler in die Regierung.

Hitler betonte, daß seine Voraussetzungen über das Scheitern der Wirtschaftspolitik eingetroffen seien. Nach einer Kritik an verschiedenen Regierungsmassnahmen des Reichsministers des Innern Freiherrn von Engel und des Reichswehrministers von Schleicher behauptete Hitler mit der höchsten Autorität, daß bei einer Beibehaltung des jetzigen Rates in der Außenpolitik die Zersetzung Deutschlands in wenigen Monaten noch viel schlimmer als jetzt sein werde. Im übrigen sagte Hitler, er habe sich nicht als Kanzler aufgedrängt.

In wenigen Monaten werde man die Nationalsozialisten wieder zu Hilfe rufen.

Wenn man ihn aber rufe, solle man das nur dann tun, wenn es ehrlich gemeint sei. Dann werde man auch nicht lauen können, daß die Nationalsozialisten sich vor der Not drücken wollten.

Der „Daily Express“ veröffentlicht ein Interim seines Korrespondenten mit Adolf Hitler in Weimar. Hitler erklärte, es könne nicht länger als vier Monate dauern, bis das Präsidialkabinett gebildet sei. Dann sei der Zeitpunkt der Nationalsozialisten gekommen. Der englische Journalist fand Adolf Hitler „voller Zuversicht, daß der Zeitpunkt seines Triumphes kommen werde.“ Auf die Frage, wie er sich den Umständen vorstelle, habe Hitler erklärt:

„Die Arbeitslosigkeit wird in diesem Winter zunehmen. Schwere soziale Unruhen und neue Streiks werden die Folge sein. Noch wichtiger ist, daß die Regierung einen katastrophalen Zusammenbruch ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Pläne erleben wird. Das wird sie nicht überleben können.“

Erfragt, ob er bei den künftigen Berliner Verhandlungen ausdrücklich an die Möglichkeit einer Regierungsbildung geglaubt habe, antwortete Adolf Hitler die Absicht und sagte:

„Ich machte von Anfang an, daß die Sache eine Parze war. Ich habe überhaupt keine Chance. Es war nur ein Versuch, dem deutschen Volk einzureden, daß seine Wünsche berücksichtigt würden. Ich habe sie nicht erfüllen können. Das deutsche Volk hat sich auch nicht überlisten lassen.“

Grenzlandkundgebung in Köln

Meldung des Wolff-Büros

Köln, 28. Nov.

Die Arbeitsgemeinschaft landwirtschaftlicher Vereine Köln veranstaltete am Sonntag in der großen Meschalle eine Kundgebung unter dem Motto: „Deutsches Grenzvolk in Not.“ Der erste Vorsitzende der Kölner Arbeitsgemeinschaft, Dr. Schwaninger, hielt die vielen tausend Anwesenden willkommen. Seine Begrüßungsrede schloß er mit den Worten, der Kampf um die deutsche Grenze sei noch nicht zu Ende; wenn dieser Kampf getragen werde von der einmütigen Arbeit aller deutschen Völkchen, dann brauchen wir nicht den Mut zu verlieren.

Kommerngenrat Dr. h. c. Hüßling

sprach über die Saarfrage. Er schilderte die Geschehnisse im Saargebiet nach dem Jahre 1924. Die verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland darüber, daß die Saarbevölkerung nicht das geringste Bedürfnis fühlte, die erzwungene „Schicksalsfrage“ ihres Gebietes auch nur eine Minute länger aufrecht zu erhalten als unbedingt notwendig. Das Saargebiet wolle sie eher desto lieber zum deutschen Vaterland zurückführen.

Reichsinnenminister Freiherr von Engel, der wegen der politischen Lage gerädert war, in Berlin zu bleiben, kündete der Versammlung ein Begrüßungsreden, in dem es am Schluß heißt, den Grenzgebieten wollen wir heute und dauernd zeigen, daß über die ganze deutsche Volk geschlossen hinter ihnen steht, und daß ihre Sache ganz Deutschlands Sache ist und bleibt.

In Vertretung des Reichsinnenministers richtete Oberregierungsrat Hoffmann-Berlin eine Ansprache an die Versammlung, in der er besonders auf die Lage des deutschen Ostens eingieng. Unter Zustimmung der Versammlung stellte der Redner fest, daß es ein Op-Verdammnis, h. h. einen Verzicht des deutschen Volkes auf Berücksichtigung der Ostgrenze, nie und nimmer geben könne. Die Zukunft des deutschen Volkes, so schloß er, hänge von dem Schicksal des deutschen Ostens ab.

Befugnis zustände, die übrigen Staatsminister zu ernennen. Es hat über die Möglichkeit einer baldigen Wahl des Ministerpräsidenten eine

Der zweite Vorsitzende der Kölner Arbeitsgemeinschaft, Direktor Dr. Jurek, verlas sodann eine Entschließung an den Reichspräsidenten, in der der Hoffnung auf die Rückkehr der vom Reich abgetrennten deutschen Gebiete Ausdruck gegeben wird. Der Reichspräsidenten jenseit der Versammlung noch während der Tagung ein in herzlichem Tone gehaltenes Antwortschreiben auf diese Entschließung.

Gemeindewahlen in Bremen

Meldung des Wolff-Büros

Bremen, 28. Nov.

Im bremischen Landgebiet fanden am Sonntag die Wahlen zu den Gemeindebeständen der 14 bremischen Landgemeinden statt. Die Wahlbeteiligung betrug 81,5 v. H. gegen 77,8 v. H. bei den letzten Gemeindevorwahlen am 17. November 1929.

Auf die Sozialdemokratie entfielen 91 (bisher 195) Mandate, auf die Kommunisten acht Mandate. Insgesamt umfaßt die Liste also heute 99 Mandate gegen bisher 109. Die Nationalsozialisten, die bei den vorigen Gemeindevorwahlen noch nicht mit eigenen Wahlverschlüssen vertreten waren, erzielten 14 Mandate. Die übrigen bürgerlichen Wahlverschlüsse ergaben 77 gegen bisher 75 Mandate.

Die Zahl der abgegebenen Stimmen betrug für die Sozialdemokraten 4169 Stimmen. Bei den letzten Reichstagswahlen am 9. November erhielten die Sozialdemokraten in denselben Gemeinden 4907 Stimmen. Für die Kommunisten wurden 567 (634) Stimmen abgegeben. Die Nationalsozialisten hatten einen erheblichen Stimmenrückgang zu verzeichnen. Sie erhielten 994 Stimmen gegen 1191 Stimmen bei der Reichstagswahl vom 9. November d. J. und 1848 Stimmen bei der Reichstagswahl vom 31. Juli d. J. Alle übrigen Wahlverschlüsse zusammen vereinigten auf sich 3702 Stimmen. Die entsprechenden Parteien erzielten bei der Reichstagswahl vom 9. November 2830 Stimmen.

Diese Verhandlungen dürften fortgesetzt werden, ohne daß man bereits jetzt absehen könnte, ob sie so rasch zum Abschluß gelangen, daß der Landtag beim Wiederzusammentritt am 12. Dezember den neuen Ministerpräsidenten wählen könnte. Vorläufig ist es auch noch fraglich, aber Verfassungsfragen sowie darüber zu sprechen, ob und welche Konsequenzen sich für die Institution des Reichstagsministers in Preußen aus der etwaigen Neuwahl eines Ministerpräsidenten ergeben.

Eine neue Reichsverfassung?

Von Richard Bahr

Es ist noch kein Jahr her, daß Eugen Schiffer sein hartes Buch „Sturm über Deutschland“ vorgelegt hat. Jetzt läßt er der ersten Schrift eine andere folgen. Schmächtiger als jene, darum nicht unweiserlicher und unbedenklicher. Die beiden Arbeiten stehen in einem uniduellen inneren Zusammenhang. Man hat an dem vorjährigen Buch bemängelt, daß es zwar reichliche und eindringliche Kritik über, doch keinen Weg zeigte, wie die mit Recht gerügten Schäden abzuheilen wären. Unzutreffende Einwürfe demnach auch Schiffer bot, war eine Instandhaltung, die Aufnahme des jetzigen Reichstages, gefolgt durch das Temperament eines leidenschaftlichen Patrioten und Schicksal als solche und als Weisheitsquelle bleibenden Wert. Aber der rahlos schaffende, jugendliche Siebziger muß durch die Anschuldigungen doch wohl irgendwie berührt werden sein. So legte er sich nieder und schrieb in diesen Sommerwochen diese, wie er sie heißt, „politische Skizze“, die nichts anderes ist als der Entwurf einer neuen Verfassung des Reichs mit einer ihr vorausgeschickten umfangreichen Begründung. (Die neue Verfassung des Deutschen Reichs. Eine politische Skizze. Verlag von Weimar Höpfer in Berlin.) Die Schiffer'sche Verfassung unterzeichnet sich von der von Weimar, auf der sie aufbaut, durch ihre Kürze. Nur 88 Artikel hat's, nur ein Katalog von Normen, die als ebene und unantastbare Grundzüge gelten und dem Strom der Zeiten tragen sollen. Alles andere (auch die viel umstrittenen Grundrechte), wird in die Verfassungsdarstellung verworfen, die veränderlich zu sein haben. Artikel 1 aber lautet in der Schiffer'schen Fassung: „Das Deutsche Reich ist eine Republik.“ Er wird bedeutsam ergänzt durch den Artikel 3: „Das Deutsche Reich ist die Normkraft des Reichstages.“ In beiden und durch die Interessen des Reichsministers zu wahren, soweit es ohne Beeinträchtigung der Rechte anderer Staaten möglich ist.“ Das ist eine große, in die Zukunft weisende geschichtliche Konzeption.

In der Begründung führen Gedanken, hellenweise wohl auch Sätze wieder, die man schon im „Sturm über Deutschland“ las. Die Verfassung vom 11. August 1919 ist veraltet. Wir leben, in erheblichem Umfang, bereits außerhalb dieser Verfassung. Man glaubt nicht mehr an sie und bleibt empfindungslos, selbst wo sie empfindlich verletzt wurde. Darum: Rückkehr zur „Verfassungsdarstellung“. Staatsform, Demokratie, Parlament und Parteien würden auf die Dauer doch nicht auf der Welt zu schaffen sein. Eine Veränderung des Wahrscheinlich vorübergehenden (bis letzten) Reichsministers, Eber (schon durch Verjährung von Reichsrat und Reichsministerialrat, die Erklärung einer zweiten Kammer. Aber es müßte, nach Tocqueville, des weitestgehenden, daß eine Demokratie sein, die der gelandete Reichsministerialrat in Schranken hält. Solcher gelandete Reichsministerialrat — nach hundertjährig hundertjähriger Erfahrung — ist dem Reichstags einzuweisen nicht zu erwarten. Also sei der Reichspräsident zum Träger der „vom Volk auszugehen“ Staatsgewalt zu machen. „Die konstitutionelle Demokratie nimmt Rücksicht auf die konstitutionelle Monarchie.“ Das präsidiale Repräsentationsrecht, entstanden unter dem barmhertigen Jovann, die Ministerpräsidenten des Reichs, 48 auszubilden und auszuweisen, muß angeblich in die Verfassung aufgenommen, die Regierung aber nicht bloß vorübergehend, sondern „Reich und immer“ zum Präsidialkabinett werden, unmittelbar, wenigstens in den Grundzügen der Politik, dem Reichspräsidenten unterstellt und der Ausdruck von dessen politischem Willen. Reichspräsident und Reichsministerialrat müssen so sehr eine Einheit bilden, daß der Reichstag der Regierung nur über die Verträge des Reichspräsidenten, dem Reichspräsidenten nur über die Verträge der Regierung an das politische Leben gehen kann.

Das gäbe, selbst wenn man, wie Schiffer rät, zum Ausgleich die präsidiale Wahlperiode auf vier Jahre verkürzte, eine ungeschwächte Macht. Und so gilt und von diesem Vorschlag im Grunde daselbe wie von all den anderen Vorschlägen, die unter dem Renommee „Neuer Reichspräsident“ gingen und noch gehen: Sie sind von einer Einzelmeinung abgenommen und auf die nämliche Person abgestellt. Auch Reichspräsidenten indes sind reichlich. Und was unter dem eines, ein, präsidial, vielleicht Reichlich legendärisch wäre, könnte unter einem and., in noch einmal höchst unwillkommen werden...

Die Schiffer'sche Skizze hat bei einem Teil der Beamten Verdacht und Verwirrung geweckt. Sie sieht in der Demokratie von den Parteien einen wahren Reichshafen und empfiehlt, ihn zu helfen, eine grundsätzliche und tiefgreifende Verfassungsveränderung. Die Beamten, findet Schiffer, sollten



Obstverkauf der Badischen Landwirtschaftskammer

Seit heute morgen herrscht im Großen Markthalle die Badische Landwirtschaftskammer, die wie bei dem am 18. Oktober veranstalteten Obstverkauf wiederum 600 Zentner nur badisches Obst, vor allem Kefel zum Verkauf stellt.

Nachdem beim ersten diesjährigen Obstverkauf bereits an einem Tag die gesamte Zufuhr verkauft war, hat die Kammer noch zahlreiche Bestellungen aus Mannheim und Umgebung von Karlsruhe aus erhalten.

Die Preise bewegen sich auf der gleichen Höhe wie beim Obstverkauf im Oktober. Ein ganzer Sammelwagen vom Bodensee traf am Montag vormittag ein. Die Kefel und Birnen werden direkt vom Erzeuger zum Konsumenten geliefert.

Winterhilfe in Heidenheim

In Heidenheim hat die Winterhilfe der Erwerbslosen durch die Verbände der Evangelischen Reichshilfe, der Caritas und der Arbeiterwohlfahrt unter der Leitung des am diese Sache sehr verdienten Bauamanns Diezmann wieder eingeleitet.

Am 1. Dezember wird im gleichen Räume auch eine Lesehalle ins Leben gerufen, für die bereits von sämtlichen diesigen Tageszeitungen Freirezeptionsplätze zur Verfügung gestellt wurden.

Nachdem auch am Unterhaltungsabende für die Erwerbslosen vorgelassen, die regelmäßig einmal monatlich stattfinden sollen und für die sämtliche Heidenheimer Besondere und Sportvereine sowie die Jugendverbände ihre Unterstützung bereitwillig zugesichert haben.

Eine weitere Idee des Herrn Krauß steht ebenfalls vor der Verwirklichung. Er beabsichtigt, in einem zweiten kleinen Räume der Schulstraße eine Werkstätte einzurichten.

Festtags- und Arbeiterzufahrten

Wie im Vorjahre werden auch in diesem Jahre Festtagszufahrten mit 50 u. 8. Erwählung und Arbeiterzufahrten mit 50 u. 8. Erwählung für alle Verkehrsverbindungen der Reichsbahn mit verlängelter Geltungsdauer ausgeschrieben.

Die am 5., 6., 7. und 8. Januar 1933 für bestimmte Verbindungen zur Ausgabe kommenden Sonntagszufahrten dürfen zur Rückfahrt an allen Tagen bis zum 10. Januar 1933 24 Uhr benutzt werden.

Todesfall auf der Treppe. Am Samstag abend starb die 67 Jahre alte Wilhelmine eine Erbkrankheit auf dem Schloß auf unbestimmter Ursache vom zweiten Stock die Treppe herunter und hat dabei so schwer verletzt, daß sie bald nach Einlieferung in das städtische Krankenhaus starb.

Adressbuchverleger tagen in Mannheim

Im Kampf gegen unlautere und schwindelhafte Adressbücher

Der Reichsverband der Adressbuchverleger hat seine Mitglieder und dem Bezirk Baden-Württemberg heute nachmittag in einer Tagung in das Palasthotel Mannheimer Hof eingeladen.



Es ist nicht zu leugnen, daß auch auf dem Gebiete des Adressbuchwesens eine starke Hebererzeugung herrscht. Allerdings sind im letzten Jahrzehnt neue Adressbücher zum Vorschein gekommen, obwohl für zahlreiche dieser Bücher ein volkswirtschaftliches Interesse absehbar ist.

Es ist nicht zu leugnen, daß auch auf dem Gebiete des Adressbuchwesens eine starke Hebererzeugung herrscht.

Tagung des Evangelischen Bundes

Volkerversammlung in der Neckarauer Kirche

Festliches Glockengeläute rief die Freunde des Evangelischen Bundes am Sonntag nachmittag in die Neckarauer Kirche, die wiederum bis auf den letzten Platz besetzt war.

Pfarrer Pfannkuch-Jahrendorf

die Kanzel, um über den Kampf des Glaubens zu sprechen und anzuführen, wie der Kampf auf vier Fronten entbrannt ist. Es geht um die Rettung des deutschen Glaubens, um die deutsche Einheit.

Bisler Segel-Reiseheim

wandte sich an die evangelische Jugend. Das Wort der Jugend ist der Kirche entscheidend, obgleich sie wissen muß, daß die Kirche die Kraftquelle für unser heutiges Leben ist.

Pfarrer Strempel-Waldwimmerhof

fährte u. a. an: Das deutsche Volk liegt darnieder. Wir müssen und tragen, wer die Schuld daran trägt, daß es so schwer ist, sich dem Sland zu erheben und den Trümmerhaufen wegzuräumen.

Lage und Aufgabe des Protestantismus

Schwerpunkt des Völkischen Protestanten-Tages war zweifellos die Festsprechung im neuen Neckarauer Gemeindehaus, das lange vor Beginn der Veranstaltung überfüllt war.

Begrüßungen

Pfarrer Fehn begrüßte u. a. als Vertreter der Stadtregierung Regierungsrat Neumann und als Vertreter des Kirchenrates Kirchenrat Delan.

kann, sowie daß er über eine ausreichende Organisation verfügt, um das Buch unter Beachtung auf irreführende Werbemaßnahmen so herauszubringen, daß es ein vollständiges und brauchbares Nachschlagewerk über die Namen und Adressen der Einwohner und die Unternehmungen und Behörden eines bestimmten Wirtschaftszweiges oder Gebietes darstellt.

Für die gesamte deutsche Wirtschaft ist das zuverlässige in regelmäßigen Zeitabständen erscheinende Adressbuch ein unentbehrliches Nachschlagewerk.

einem harten Deutschland leben. Dein Deutschland kann nur aufstehen, wenn deine evangelische Kirche stark ist.

Diese Predigt in der Kirche, die bei allen Anwesenden einen harten Eindruck hinterließ, wurde verhört durch die Redner der Kirchenhöfe von Neckarau, Heidenheim und Weinheim und durch die Mitglieder des Stadtparlaments.

Rundgebung auf dem Marktplatz

Nach der Volkerversammlung in der Neckarauer Kirche marschierten gestern nachmittag die Teilnehmer an der badischen Landesversammlung des Evangelischen Bundes nach dem Marktplatz, wo nach einem gemeinsamen Lied Bundesdirektor D. Bahre u. h. v. Berlin das Wort ergriff.

Festansprache des Professors D. Odenwald

von der Theologischen Fakultät Heidelberg, der in seinen fast wissenschaftlich gehaltenen Ausführungen über Lage und Aufgabe des Protestantismus in der Gegenwart sprach.

Was diesem Zweck dienlich herauszukommen, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Befassen sich mit der Weltanschauung oder mit der ethischen Weltanschauung.

empfangen können. Wissen wir das und stellen wir uns darnach ein, dann

müssen wir uns gegen den Atheismus entschließen und uns dem Christentum zuwenden.

Aber auch innerhalb des Christentums haben wir zwischen Katholizismus und Protestantismus zu wählen. Auch hier kann die Entscheidung nicht schwer fallen, denn wer einmal „Ich“ gesagt hat, kann nie mehr dort hingehen, wo ihm alles vorgeschrieben und vermittelt wird.

Starker Beifall dankte dem Redner für seine tiefgründigen Ausführungen, die zum Nachdenken anregten.

Pfarrer Bosh-Rheinheim

an dem Rednerpult, um zunächst seiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß die Landesregierung bei der Tagung vertreten ist und dadurch zu erkennen gibt, daß sie die Arbeit der Kirche anerkennt.

Das Schlusswort sprach Pfarrer Günger

der die Gemeindevorstände der Tagung zusammenfassen und den Appell an die Mitglieder des Evangelischen Bundes richtete, den großen Gedanken des Bundes in die Gemeinden hineinzutragen.

Am die Gehaltszahlungen an Angestellte in Krankheitsfällen

Nach immer ist keine Einmütigkeit in der Frage erzielt, welche Kategorien von Angestellten Anspruch auf Fortzahlung des Gehaltes in Krankheitsfällen haben, und für welche Zeit das Gehalt weitergezahlt ist.

10. Gehaltszahlung. Die Witwe des verstorbenen Finanzassistenten Carl Friedrich Siebel, Frau Anna Siebel, geb. Schmidt, aus Bunden, Carl Siebelstraße 18, wohnhaft, beantragt ein mögliches Einkommen in geldiger und freierlicher Weise ihres Mannes Gehalts.

11. Gehaltszahlung. Kolonialbeamter Johann Wilhelm, geb. 1868, wohnhaft, beantragt ein mögliches Einkommen in geldiger und freierlicher Weise seines Mannes Gehalts.

12. Gehaltszahlung. Schiffsbauingenieur Johann Wilhelm, geb. 1868, wohnhaft, beantragt ein mögliches Einkommen in geldiger und freierlicher Weise seines Mannes Gehalts.

Liquidation der Deutschen Automobilbank

Die Liquidation der Deutschen Automobilbank ist im Verlaufe beiderer Wochen...

Anfechtungsklage gegen die Favag-GV-Beschlüsse

Die Anfechtungsklage gegen die Favag-GV-Beschlüsse ist im Verlaufe beiderer Wochen...

Dinglersche Maschinenfabrik AG

Die Dinglersche Maschinenfabrik AG ist im Verlaufe beiderer Wochen...

Die Dinglersche Maschinenfabrik AG ist im Verlaufe beiderer Wochen...

Die Dinglersche Maschinenfabrik AG ist im Verlaufe beiderer Wochen...

Lebhafte und festerer Wochen-Beginn

Im Verlaufe beiderer Wochen-Beginn / Namentlich Rentenmarkt anziehend / Schluss zu höchsten Tageskursen / Nachbörse ruhig

Konstanz freudlich

Die Börse war in der ersten Hälfte freudlich...

Frankfurt freudlich

Die Börse war in der ersten Hälfte freudlich...

Berlin befehligt

Die Börse war in der ersten Hälfte freudlich...

Mannheimer Großviehmarkt

Der Mannheimer Großviehmarkt war im Verlaufe beiderer Wochen...

Wahlkreis-Veränderungen

Die Wahlkreis-Veränderungen sind im Verlaufe beiderer Wochen...

Wahlkreis-Veränderungen

Die Wahlkreis-Veränderungen sind im Verlaufe beiderer Wochen...

Auch Brotgetreide weiter fest

Die Preise für Brotgetreide sind im Verlaufe beiderer Wochen...

Mannheimer Großviehmarkt

Der Mannheimer Großviehmarkt war im Verlaufe beiderer Wochen...

Wahlkreis-Veränderungen

Die Wahlkreis-Veränderungen sind im Verlaufe beiderer Wochen...

Wahlkreis-Veränderungen

Die Wahlkreis-Veränderungen sind im Verlaufe beiderer Wochen...

Berliner Metallbörse vom 28. November

Table with columns for various metals and their prices on the Berlin Metal Exchange.

Fortlaufende Notierungen (Schluß)

Table with columns for various commodities and their prices, including sugar, oil, and other goods.

Table with columns for various stocks and their prices on the Mannheim Stock Exchange.

Table with columns for various stocks and their prices on the Frankfurt Stock Exchange.

Table with columns for various stocks and their prices on the Berlin Stock Exchange.

